



Claudia Bandixen vor dem Basler Missionshaus: Die erfolgreiche Troubleshooterin geht in Pension.

Foto: Christian Aeberhard

Die Missionarin hat ihre Mission erfüllt

Hilfswerk. Mitten in der Krise von Mission 21 trat Claudia Bandixen vor acht Jahren den Posten als

Kritik am übermächtigen Norden nicht zurück. Das machte sie 2011 zur Idealbesetzung, um die beiden unterschiedlichen Strömungen bei Mission 21 zugleich anzusprechen: die Drittwelt-Bewegten und die pietistisch Frommen.

Peter Felber, Theologe und Marketingexperte, der 2010 den damals undankbaren Job des Mediensprechers bei Mission 21 übernahm, sagt heute: «Für mich war es beinahe etwas unheimlich, dass Claudia Bandixen so oft verkündete, Missionarin zu sein.» Selbst in kirchlichen Kreisen regte sich da fast automatisch der Antimissionsreflex.

Sie war einfach überall

Aber die Missionarin hat erfolgreich missioniert. Oder wie Felber sagt: «Sie hat es wirklich geschafft, überall präsent zu sein.» Für keinen Einsatz bei einer Kirchengemeinde sei sie sich zu schade gewesen. Bald war das Vertrauenskapital wieder zurückgewonnen und die Jahresbilanz von Mission 21 im Jahr 2011 wieder auf 14 Millionen angestiegen. Felber zählt noch andere Erfolge von Bandixen auf: die Zewo-Zertifizierung für vertrauenswürdige, Spenden sammelnde Organisationen, die Stärkung der internationalen Missionssynode, den Schwerpunkt der Gendergerechtigkeit.

Zudem hat Bandixen jenes Thema, das nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center vom 11. September 2001 dringlich wurde, zur eigenen Mission gemacht: den Dialog zwischen Christen und Muslimen. Viele interreligiös inspirierte Projekte in Indonesien, Nigeria oder Kamerun zeugen davon.

Heute spricht die «Chilenin» gerne über Afrika, einen Kontinent, der ihr in der Zeit ans Herz gewachsen ist, der aber nur selten auf dem

Direktorin an. Inzwischen ist das Basler Werk wieder in ruhigen Gewässern und profiliert sich zusammen mit seinen Partnerkirchen weltweit als ein bedeutender Player des interreligiösen Dialogs.

Im Jahr 2011 häuften sich Negativschlagzeilen über Mission 21 wie diese: «Streit im christlichen Hilfswerk eskaliert». Vorstand und Geschäftsleitung befehdeten sich um die Ausrichtung des Werkes. Am Ende der Auseinandersetzung traten Vorstand und Direktor zurück.

Im damaligen Übergangsvorstand sass auch Claudia Bandixen. Plötzlich kam die Idee auf, die kirchlich gut vernetzte Aargauer Kirchenratspräsidentin als Troubleshooterin einzusetzen. Eigentlich eine unmögliche Offerte: das gut dotierte, öffentliche Amt eintauschen gegen

die Leitungsfunktion eines angeschlagenen Missionswerks. Für Bandixen war es jedoch kein abseitiges Angebot. Im Rückblick sagt die 63-Jährige, die im Sommer pensioniert wird: «Mich reizen die Neuerungen und Krisen mehr als das Alltagsgeschäft.»

Armut und Machogewalt

Noch etwas anderes als der Reiz, Probleme zu lösen, machte den Antritt der Stelle bei Mission 21 zur Herzenssache: Chile. Wenn Claudia Bandixen im Gespräch von ihrem Einsatz für die Basler Mission von

1990 bis 1996 erzählt, werden ihre lebhaften Gesten noch lebendiger. Damals begegnete sie im Slumgürtel von Santiago de Chile Gemeindefeiernden aus charismatischen Gemeinschaften. «Sie schafften es, dass die von Armut und Machogewalt gedrückten Frauen wieder den aufrechten Gang erlernten.»

Ihre Erfahrungen in Chile lassen Bandixen bis heute am Credo festhalten, dass die Entwicklungszusammenarbeit und die Religion ein sinnvolles Zwillingsspaar bilden. Deshalb bezeichnet sie sich ohne Scheu als «Missionarin», hält sich aber mit

«Wir stossen für die Reformierten das Fenster zur Welt weit auf.»

Claudia Bandixen
Direktorin Mission 21

Aufmerksamkeitsradar der Medien erscheint. «Vielleicht spricht man noch von den in Nordnigeria entführten Chibok-Mädchen.» Kaum jemand wisse aber, dass bis heute in Nigeria wöchentlich bis zu 20 Mädchen entführt werden.

In Basel laufen die Meldungen zusammen. Auch dass Elitetruppen in Kamerun im englischsprachigen Teil des Landes Dörfer anzünden und Felder zerstören. «Wir bleiben dort, weil wir über unsere Partnerkirchen auch in Krisengebieten wie dem Südsudan gut verankert sind.» Bandixen betont: Für die Reformierten biete Mission 21 mit ihrem globalen Netzwerk aus Partnerkirchen die Chance, das Fenster zur Welt weit aufzustossen. Delf Bucher

Enttäuschte Initianten rüsten sich für die Abstimmung

Politik Die Konzernverantwortungsinitiative kommt ohne Gegenvorschlag vor das Volk. Zu erwarten ist ein emotionaler Abstimmungskampf.

Der gutschweizerische Kompromiss kam für einmal nicht zustande: Am 12. März hat der Ständerat den Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative knapp abgelehnt. Damit ist klar, dass das Volk über die von über 130 Organisationen aus Kirchen, Menschenrechtsorganisationen, Hilfswerken und Gewerkschaften lancierte Initiative abstimmt. Sie wollen Konzerne verfassungsrechtlich dazu verpflichten, weltweit Menschenrechte und Umweltstandards einzuhalten.

Stephan Tschirren vom reformierten Hilfswerk Brot für alle (Bfa) ist vom Ständerat enttäuscht. «Die Kon-

zernlobby hat sich auf der ganzen Linie durchgesetzt.» Der Gegenvorschlag, den der Nationalrat noch im letzten Sommer verabschiedet hatte, «wäre ein griffiges, sofort wirkungsvolles Rechtsmittel gewesen.»

Wertvolle Zeit verloren

Für den Kompromiss waren die Initianten zu inhaltlichen Abstrichen bereit. Der Gegenvorschlag hätte nur einen beschränkten Kreis von grossen Firmen wie Glencore oder Novartis in die Pflicht genommen. Weiter wäre die Haftungspflicht der Konzerne für ihre ausländischen Tochterfirmen so formuliert

gewesen, dass sie sich auf Verletzungen von Leib und Leben oder Eigentum beschränkt hätte.

Tschirren befürchtet, dass sich nun alles massiv verzögert. Denn über die Initiative wird frühestens im Februar 2020 abgestimmt. Und die Umsetzung würde mehrere Jahre dauern. «Gerade für die Opfer im Süden eine lange Zeit.»

Der Wirtschaftsethiker an der Universität Zürich Markus Huppenbauer ist prominenter Gegner der Konzernverantwortungsinitiative. Auch der «juristisch allzu komplexe» Gegenvorschlag vermochte ihn nicht recht zu überzeugen. Unter an-

derem, weil er nur bestimmte Unternehmen auf dem Radar hatte. «Dabei geht es alle an, auch den kleinen Goldschmied, der mit ausländischem Gold arbeitet.»

Angst vor Verrechtlichung

Als Ethiker sei er ein starker Befürworter von Menschenrechten und Umweltstandards, betont Huppenbauer. Die Initiative hält er aber für naiv. «Sie berücksichtigt nicht, wie Beziehungen zwischen Nichtregierungsorganisationen und Betroffenen vor Ort aufgebaut worden. Sie setzen auf Gespräche, die zwar oft hart seien und lange dauern, aber durchaus Erfolge brächten.

Trete die Initiative in Kraft, zögen sich Firmen aus Gebieten zurück, in denen Rechtsrisiken lauern, fürchtet Huppenbauer. Mit der Konsequenz, dass den dort lebenden Menschen Investitionen fehlen: «Die Initiative führt zu einer Verrechtlichung und zerstört das

dialogorientierte Lösen von Problemen.» Huppenbauer ist dennoch froh, dass über die Vorlage abgestimmt wird, die im Gegensatz zum Gegenvorschlag «klar formuliert ist». Für die Wirtschaft erwartet er zum

«Anders als der Gegenvorschlag ist die Initiative klar formuliert.»

Markus Huppenbauer
Theologe und Wirtschaftsethiker

emotionalen Thema einen schwierigen Abstimmungskampf.

In die Offensive gehen auch die Initianten mit der Plattform «Kirche für Konzernverantwortung»: Handeln sei auch eine Pflicht der Nächstenliebe. Sandra Hohendahl-Tesch